



LAUT und BUNT für Inklusion, Vielfalt und Bildung an der Gesamtschule Holweide

2.500 Menschen. Eine klare Botschaft: Inklusion darf nicht kaputtgespart werden!

Schülerinnen, Eltern, Lehrkräfte und Unterstützerinnen der Gesamtschule Holweide haben am Montag, den 21.09.2026, ein kraftvolles Zeichen gesetzt. Rund **2.500 Menschen** folgten dem Aufruf der Elternpflegschaft und zogen gemeinsam, **laut und bunt**, vom Bahnhof Deutz über die Deutzer Brücke bis zum Heumarkt. Ihr Anliegen war unüberhörbar: **Schluss mit Kürzungen, die Inklusion und Bildung gefährden!**

Denn an der Gesamtschule Holweide wird seit Jahrzehnten erfolgreich gemeinsames Lernen von Schüler*innen mit und ohne Behinderungen gelebt. Doch dieses Engagement wird durch geplante, drohende und bereits umgesetzte Kürzungen zunehmend ausgebremst:

- **2 Therapiestellen** sind seit zwei Jahren unbesetzt und werden nicht wiederbesetzt.
- **5 Stellen im Bundesfreiwilligendienst** wurden kurzfristig gestrichen.
- Die **Schüler*innenbibliothek** steht vor dem Aus, weil auch hier eine Stelle eingespart wurde.
- Für **schwerer behinderte Kinder im inklusiven Schulalltag** ist das Problem des Schulwegs noch immer nicht gelöst.

Das ist keine abstrakte Sparmaßnahme. Das betrifft Menschen. Jeden Tag.

Mit kreativen Schildern machten die Demonstrierenden deutlich, was die Kürzungen für ihren Schulalltag bedeuten. Ein Trecker mit Anhänger fuhr mit der

unmissverständlichen Forderung durch Köln: „**Inklusion ernst nehmen und erhalten!**“

Angeführt wurde die Demonstration von der Schüler*innenvertretung mit dem großen Banner: „**Inklusion = Menschenrecht**“

Und diese Botschaft war nicht zu überhören: Sprechchöre und eine Sambagruppe sorgten dafür, dass der Protest durch die Straßen hallte.

Auf dem Heumarkt kamen vor allem die Schülerinnen *selbst* zu Wort. Sie berichteten aus unterschiedlichen Jahrgangsstufen, was die bereits erfolgten und geplanten Kürzungen konkret für ihren Alltag und für ihre Mitschülerinnen bedeuten.

Ihre Botschaft war eindeutig: **Eine inklusive Schule muss für ALLE da sein.**

Dafür braucht es aber mehr als schöne Worte. Es braucht **Personal, Therapieangebote, Bildungs- und Fördermöglichkeiten, Rückzugs- und Ruheräume – und verlässliche Unterstützung für Schüler*innen mit Behinderungen.**

Seit 40 Jahren steht die Gesamtschule Holweide für gemeinsames Lernen. Dieses Engagement verdient Unterstützung – keine Kürzungen.

Die Elternschaft machte deshalb ebenfalls unmissverständlich klar: **Von der Politik werden konkrete Maßnahmen erwartet, um inklusive Schulen zu stärken und dauerhaft abzusichern.**

Denn Inklusion ist kein Luxus. **Inklusion ist ein Recht. Bildung ist ein Recht. Und beides darf nicht kaputtgespart werden.**

Wir bleiben laut. Wir bleiben bunt. Und wir bleiben dran.



Nachtrag 06.10.2026: Gespräch zwischen Amt für Schulentwicklung und Schule lässt auf keine Lösung der bestehenden Probleme hoffen.

In einem gemeinsamen Gespräch zwischen Vertreter*innen der Schulleitung der Gesamtschule Holweide und des Amtes für Schulentwicklung wurden die bestehenden Probleme ausführlich diskutiert. Deutlich wurde, dass es sich um keine gezielten, sprich politisch motiviert vorgenommen Kürzungen handelt, sondern um Maßnahmen im Rahmen der allgemeinen Haushaltskonsolidierung. Für die Schule bedeutet dies nichts Gutes. Sowohl die Stellen in der Bibliothek wie auch die Therapiestellen fielen so der sogenannten Kompensation zum Opfer. Das heißt, dass alle Bereiche der Verwaltung pauschal 3% Personalkosten einsparen müssen. Als Stellen des Bereichs der freiwilligen Leistungen der Kommune waren diese Stellen besonders bedroht und die Tatsache, dass dort gerade Personal wegging (in Rente, bzw. in einen anderen Arbeitsbereich) führt faktisch dazu, dass diese Bereiche an der Schule nicht aufrecht erhalten werden. In Bezug auf die Stellen des Bundesfreiwilligendienstes (an dieser Schule immerhin 5 Stellen) räumten die städtischen Vertreter*innen Kommunikationsprobleme ein, blieben aber in der Sache ebenso hart. An dieser Stelle werden Finanzmittel eingespart. Die Rückfrage auf welcher rechtlichen Grundlage diese Stellen im Gemeinsamen Lernen gestrichen werden, an Förderschulen jedoch nicht, soll von den städtischen Vertreter*innen noch nachträglich beantwortet werden.

Elternvertreter*innen, Schüler*innen und Kolleg*innen der Schule zeigen sich angesichts dieser Tatsachen schockiert. Eine 3% Personaleinsparungsquote in der Verwaltung bedeutet hier an einer Schule faktisch das Aus für den Therapiebereich sowie für die Öffnung der Schulbibliothek. Zudem würden dem Eindruck nach noch immer Schulen im Gemeinsamen Lernen schlechter gestellt als Förderschulen, was einen massiven Verstoß gegen die UN Behindertenrechtskonvention 2009 sowie des kommunalen Inklusionsplans der Stadt Köln (2016) darstellt.

Die Schulgemeinde berät weitere Maßnahmen.

Pressekontakt

Kerstin Lahr-Mertens
karlamer@posteo.de